



Foto: iStock; Montage: RND

Ist losen besser als wählen?

Die Politik steckt in einer Vertrauenskrise. Erste Kommunen und Länder experimentieren damit, Entscheidungsträger auszulosen, statt sie zu wählen. Hilft das gegen Politikverdrossenheit? Oder befördert es sie geradezu? Ein Ortstermin.

VON JAN STERNBERG

Jana Schäfer aus Blankenhain südlich von Weimar hat sich immer engagiert. Dennoch ist sich die 40-Jährige unsicher, ob sie ein politischer Mensch ist. Sie war bereits Elternvertreterin im Kindergarten und in der Schule. 13 Jahre alt ist ihre Tochter jetzt. Doch dabei blieb es für die gelernte Tischlerin bisher. Die zähen Stadtratssitzungen, die sie als Besucherin miterlebt hat, schreckten sie eher ab. „Wir haben in Deutschland keine gelebte Demokratie“, sagt sie. Politik sei etwas für Spezialisten. „Warum dürfen die Bürger nicht öfter mitreden und abstimmen, so wie in der Schweiz?“

Nun durfte sie mitreden. Sie gehörte die Region. In Grinzens in Österreich bestimmt ein ausgelostes Bürgergremium über die Unterbringung von Flüchtlingen.

Kann dieses Verfahren ein Vorbild für Bürgerbeteiligung sein? Ist die Lostrommel vielleicht sogar demokratischer als die Wahlurne? Und führt sie zu besseren Entscheidungen als Volksabstimmungen, bei denen am Ende oft gut organisierte Minderheiten mit einfachen Thesen den Ton angeben? Der belgische Historiker David Van Reybrouck würde Wahlen am liebsten ganz abschaffen. Sein im vergangenen Jahr veröffentlichtes Manifest „Gegen Wahlen“ ist ein Bestseller.



Wir wollen die Demokratie ergänzen.

Christine von Blanckenburg, Nexus-Institut Berlin



Sie wurden ausgelost und erhielten die Einladung zu drei Tagen intensiver Bürgerarbeit über die Zukunft Thüringens: Jana Schäfer (40), Möbelverkäuferin aus Blankenhain bei Weimar, und Mirco Neubert (43), Unternehmer aus Rückersdorf bei Gera.

Fotos: Schulz (2)

Per Los zur Homo-Ehe

Irland gehört zu den ersten Ländern der neueren Zeit, die das Prinzip Demokratie per Los auf nationaler Ebene erfolgreich und vor allem folgenreich vollzogen haben. 2014 setzte das Land ein Gremium von 99 Iren ein, um über strittige Grundsatzenfragen zu beraten. Der sogenannte Bürgerrat bestand aus 34 Volksvertretern und 65 anderen irischen Bürgern, die zufällig per Losverfahren bestimmt worden sind.

Sie stimmten nach langer Debatte darüber ab, ob die Ehe für alle – also auch unter Homosexuellen – in dem katholischen Irland eingeführt werden kann und ob man dafür die Verfassung ändern müsste. 2015 wurde die Verfassung tatsächlich geändert – und ein Volksentscheid beschloss die „Ehe für alle“. Es war der erste Beschluss zur Homo-Ehe weltweit, die durch einen Volksentscheid bestimmt wurde. Ein ähnliches Gremium beschäftigt sich nun mit der Frage, unter welchen Umständen Abtreibungen legalisiert werden sollen.

hat, den Seitenwechsel vom Wähler zum Abgeordneten zu vollziehen, ist das doch zutiefst demokratisch.“ Bender hat ihren Vorschlag auch in die Parteizentralen geschickt. Aus dem Willy-Brandt-Haus kam statt einer Antwort nur eine Gegenfrage: „Das meinen Sie doch nicht im Ernst?“

Etwas Ähnliches werden sich auch viele Thüringer gedacht haben, als sie im vergangenen Herbst den Brief des Berliner Nexus-Instituts bekamen, der sie zur Planungsarbeit einlud. Das Institut hilft Verwaltungen, das Losverfahren zu organisieren. Drei Tage, davon zwei Arbeitstage, sollten die Ausgelosten für das Gutachten reservieren.

Man kann an dem Verfahren in Thüringen allerdings auch die Nachteile der Losverfahren studieren. So empfanden die ausgelosten Bürger das neue Verfahren zunächst vor allem als Alibiveranstaltung, um einen äußerst umstrittenen Beschluss zusätzlich zu legitimieren. 2000 Menschen wurden ausgelost, 96 hätten eigentlich teilnehmen sollen. Es wurden dann nur 72.

Besonders in der Region um Gera, wo auch Mirco Neubert wohnt, war der Rücklauf besonders schlecht. Der 43-jährige Unternehmer gehört ebenfalls zu den Ausgelosten. Er sitzt zwar im Gemeinderat, ist aber dennoch froh, einmal in der Landespolitik mitreden zu dürfen. Allerdings beschreibt er auch die Unzufriedenheit, die auf den Sitzungen herrschte. „Das war wie ein Pulverfass. Ein Streichholz hätte gereicht.“ Tatsächlich hat die rot-rot-grüne Landesregierung das Losverfahren erst in Gang gesetzt, als die Grundzüge der umstrittenen Gebietsreform bereits vom Landtag verabschiedet worden waren. Die ausgelosten Bürger konnten die Reform nicht zu Fall bringen, sie sollten auch nicht über Zuschnitte von Landkreisen diskutieren, sondern allein über Prioritäten. Es war eine Art „Losverfahren light“.

Gegner haben gute Argumente

Am Ende stand dennoch ein Gutachten, das nun im Landeskabinett erörtert wird. Christine von Blanckenburg vom Nexus-Institut strukturierte die Debatte, lud Referenten ein und erarbeitete ein Bewertungssystem, nach dem das Gutachten erstellt wurde. Darin ist etwa zu lesen, dass Familienförderung und die Erreichbarkeit der Verwaltung im ländlichen Raum mehr Bedeutung beigemessen werden müssen.

Die oppositionelle CDU lehnte das Verfahren von Anfang an ab: „Das ist die Illusion von Bürgerbeteiligung“, schimpft Landes- und Fraktionschef Mike Mohring noch heute. Zu den Planungszellen wurden Vertreter aller Parteien eingeladen, von der CDU kam niemand.

Tatsächlich haben die Gegner der Losverfahren gute Argumente, warum in der Politik nicht das Los entscheiden sollte. Mohring argumentiert, er sehe nicht ein, dass die inzwischen in Thüringen gesam-

melten 47 000 Unterschriften gegen die Verwaltungsreform weniger wert sein sollen als die Arbeit von 72 Bürgern. Von Blanckenburg hält das für ein Missverständnis. „Wir wollen die repräsentative Demokratie nicht zurückdrängen, son-

dem ergänzen“, sagt sie. Die Frage ist nur, ob beides geht. Bei Jana Schäfer hat die Teilnahme die Politikbegeisterung geweckt. Sie überlegt jetzt, ob sie für den Stadtrat kandidieren soll. Ganz herkömmlich per Wahl.

„Das Parlament muss entscheiden“

Der Berliner Politologe Wolfgang Merkel über Gefahren der Los-Demokratie

Herr Merkel, was bedroht die Demokratien in Europa zurzeit am meisten?

Die größten Herausforderungen kommen von den Illiberalen und von sogenannten Populisten. Sie kommen zwar nur in wenigen Ländern, wie Ungarn oder Polen, direkt an die Regierung, aber sie treiben die etablierten Parteien in vielen Ländern vor sich her und in eine illiberale Politik hinein. Die Politiker haben den Unmut lange unterschätzt, der sich im rechten politischen Raum angestaut hat. Es gab und gibt eine Repräsentationslücke in unseren Demokratien, und diese Lücke wird gerade von nationalistischen und illiberalen Parteien wie den Rechtspopulisten ausgefüllt.

Die AfD feiert sich als Retterin der Demokratie, weil durch sie die Wahlbeteiligung wieder angestiegen ist. Hat die Partei recht?

Die AfD als Retterin der Demokratie? Das ist ein Treppenwitz. Allerdings hat durch die AfD und die Auseinandersetzung mit ihr die politische Debatte an Schärfe gewonnen. Diese Schärfe führt zu einer Politisierung der Gesellschaft und in deren Folge zu einer stärkeren Teilnahme an demokratischen Debatten und Verfahren. Die polarisierte demokratische Auseinandersetzung hat politikmüde Bürger und Bürgerinnen wieder in die Politik hineingespült.

Die AfD fordert mehr direkte Demokratie. Ist das nicht ein legitimes Anliegen, wenn das Volk gefragt wird?

Das klingt erst einmal gut, ist aber problematisch. Volksabstimmungen bei geringer Wahlbeteiligung verkommen zu einem Diktat von kleinen, gut organisierten Minderheiten, die sich dann als „vom Volk“ legitimierte Mehrheit ausgeben. Im Zentrum der politischen Vorstellung der AfD steht ein solcher rücksichtsloser Mehrheitsbegriff. „The winner takes it all“ – so sieht es auch Trump. Wer die Mehrheit hat, bestimmt. Da ist wenig Platz für Minderheiten. Die rechtsstaatliche Demokratie wird durch derartige Verfahren von innen ausgehöhlt.

Der Autor David Van Reybrouck fordert das Losverfahren statt

Wahlen. Wie demokratisch ist die Beteiligung zufällig ausgeloster Bürger?

Ich bin da skeptisch. Wenn wir losen und x-beliebige Personen in Entscheidungsgremien hineinlosen, die wir nicht einmal kennen – warum sollten wir deren Entscheidungen mehr akzeptieren als die Repräsentanten, die wir selbst ausgewählt haben? Politik hat zudem einen gewissen Professionalisierungsgrad, und das ist auch gut so. Wenn beispielsweise ein Teil der Abgeordneten ausgelost wird, dann bleiben diese zufällig ausgelosten Bürger schnell hinter der professionellen Expertise der gewählten Politiker zurück. Politik ist Beruf und Berufung. Daher lehne ich ab, dass wir zufällig ausgeloste Bürger mit wichtigen Entscheidungen betrauen. Ich befürworte, wenn durch Los bestimmte Bürger beraten und an Entscheidungen mitwirken können. Aber sie als Mini-Parlamente zu benutzen wäre eher ein Rückschritt als ein Fortschritt in der Demokratie.

Was können denn Planungszellen und Bürgergutachten leisten?

Wenn Bürger zusammenkommen und den „zwanglosen Zwang“ des besseren Arguments gelten lassen, wie es Jürgen Habermas ausgedrückt hat, dann ist das sicherlich ein positives Zeichen, um politische Entscheidungen vorzubereiten. Das Ergebnis muss dann als zusätzliche Information an die Parlamente und Regierungen weitergeleitet werden. Reizvoll an diesem Verfahren ist, dass es die Lobbys etwas entmachtet und die Bürger stärker ins Spiel bringt. Aber letztendlich müssen die Entscheidungen durch die Legitimations-schleuse des Parlaments gehen.

Interview: Jan Sternberg



Wolfgang Merkel (65) ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Der Politologe forscht seit Jahrzehnten über die Krisen des politischen Betriebs in Deutschland.